

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach den Abgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Verbelegung 3 RM. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Angelagerter: die 8 sepaltrane Raumpelle 20 Pf., die 4 sepaltrane Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2 sepaltrane Reklamepelle im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachverlangungsbild 20 Reichspfennig. Wochensatz und Wochensatzpreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 301. — 87 Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 28. Dezember 1928

Deutsches Leid im Osten.

Was vor zehn Jahren verloren ging. In den letzten Tagen des Dezembers 1918, also gerade vor zehn Jahren, ging die Provinz Posen Deutschland verloren, schwoh die Polen immer höher an und ließen den ganzen deutschen Osten verschlingen zu wollen. Ein wohlvorbereiteter Aufstand brach zuerst in der Provinzhauptstadt Posen los und trotz mannhaften Widerstandes kleiner deutscher Truppenteile waren die Hallertruppen und die Solofs rasch Herren der Stadt. Das von der Umwälzung durchzuckte Deutschland war nicht in der Lage, seinen Besitz zu schützen, ein Vertrag des damaligen Reichskommissars mit der neuen polnischen Regierung räumte die Provinz. Aber als die Kräfte des Polenadlers immer weiter nach Norden und Westen griffen, vermochte der rasch gebildete deutsche Grenzschutz im Osten diesem Vordringen Einhalt zu bieten, ja die Polen wieder zurückzudrängen. Dieser deutsche Widerstand hat nichts genützt, der Versailles Vertrag nahm Deutschland nicht bloß Posen, sondern schuf das Unmöglichkeit, den *Rexid or*. Seit den achtziger Jahren hatte in den polnisch bevölkerten Gebieten Deutschlands, Ostpreußens und Osterschlesiens die Agitation zur Schaffung eines Polenstaates eingesetzt; der Sieg der Mittelmächte besetzte dann den Hauptteil des besetzten Gebietes vom russischen Joch und auf deutsche Veranlassung hin wurde schon 1916 die Unabhängigkeit Polens von Russland proklamiert — damit aber auch die Voraussetzung für das alles geschaffen, was nun am 27. Dezember 1918 in Posen losbrach. Gerade dies aber hat die tiefe Mitternacht in das deutsch-polnische Verhältnis eingebracht; dieser junge Staat war außerdem durchaus nicht auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut, will aber zum reinen Nationalstaat werden mit allen Mitteln. Denn der neue Staat wird nur zu etwa 20 Prozent seiner Gesamtbevölkerung von Polen bewohnt, während der Rest sich aus anderen Nationalitäten zusammensetzt, darunter aus weit über eine Million Deutschen.

In breiten Strömen hat sich ja während dieser zehn Jahre die deutsche Bevölkerung der von Polen an sich gerissenen Gebiete nach Deutschland ergossen und was zurückblieb, ist einem Martrium unterworfen. Abgesehen von den Ukrainern im Osten und Südoften, den Weißrussen im Westgebiet nicht um ein Haar besser. Nur gedulder erkennt Polen die im Status des Völkerbundes erklärten Minderheitenrechte an; soden erst aber hat ja der polnische Außenminister Jaksli in Lugano eine liberale scharfe Rede gegen dieses Minderheitenrecht gehalten. Dieser unbedingte Wille zur restlosen „Nationalisierung“ Polens steht auch dann immer im Wege, wenn es sich um die Regelung irgendwelcher Beziehungen mit den Nachbarstaaten handelt. Wie gespannt namentlich das polnisch-russische Verhältnis, dann das zu Litauen und schließlich nicht zuletzt zu Deutschland ist, weiß die Welt. Die Auseinandersetzungen mit Litauen stehen ebenso lebhaft auf der Tagesordnung der Völkerbundssitzungen in Genf wie die Klagen wegen Verletzung der Minderheitenrechte. Als vorläufig noch nicht überwundener Stein liegt dieser polnische Wille zur Kolonisierung der Grenzgebiete auch auf dem Wege, den die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gehen sollen. Und außerdem hört man jenseits der Grenze, vom Wohlwollen der Warschauer Regierung getragen, immer wieder Heben und Forderungen herübertröten, die von den noch unerlösten polnischen Brüdern in Deutschland freuchen, zu gleicher Zeit, als die Preußenregierung den Minderheiten ein überaus liberales Schutrecht einräumt. So ist durch Polen alles getan, in der schweren Stunde herumzuwühlen, die vor zehn Jahren dem Leib Deutschlands geschlagen wurde. Täglich geschieht den Deutschen neues Leid auf einem Boden, dessen Kultur doch deutschen Ursprungs ist und von dem man doch diese deutschen Spuren niemals ganz verwischen wird.

Frankreichs Flotte.

Ausbau der französischen Seestreitkräfte. Paris, 27. Dezember. Die Deputiertenkammer wird sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Gesetzentwurf des Marineministeriums über das Flottenstatut beschäftigen, das die Kampfkraft Frankreichs zur See regelt. Der Gesetzentwurf bezieht sich ausschließlich auf die Flottenzusammensetzung, während Küstenschutz, Marinewirtschaft und Personalfragen den Gegenstand besonderer Gesetze bilden. Nach diesem Gesetzentwurf sieht sich die ständige französische Flotte folgendermaßen zusammen: 175 000 Tonnen Panzerkreuzer und Schlachtkreuzer, 300 000 Tonnen Kreuzer, Torpedobootszerstörer, Torpedoboote, 90 000 Tonnen Tauchboote, 60 000 Tonnen Flugzeugmutterkisten. In dieser Tonnage sind nicht enthalten die Sonderfahrzeuge, wie Minenleger, Koblen- und Petroleumtenderboote, Schulschiffe, Fischereischuttschiffe und Werftfahrtschiffe. Diese Flotte soll spätestens 1943 erbaut ein.

Anschlußfurcht bei den Franzosen

Frankreich will nicht!

Der gefürchtete Anschluß Österreichs. Der sonst einigermaßen mit Schonung behandelte sozialdemokratische deutsche Reichsfanzler Müller hat diesmal in Paris heftig angegriffen. Er hat in einem in Berlin erschienenen Artikel über die Anschlußfrage für 1929 gesagt, die Behandlung Deutschlands als gleichberechtigte Nation gehörte zu den Sicherungen für einen europäischen Dauerfrieden, und ferner hat er in der Wiener „Neuen Freien Presse“ einen Weihnachtsgruß an die Deutschen in Österreich veröffentlicht in dem er das unzerstörbare Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes im Reich und in Österreich betont. Darob großer Entrüstungsdurst in der französischen Presse, die sich gar nicht genug tun kann in Angriffen auf die jetzige deutsche Regierung und die Deutschen überhaupt, die sich herausnehmen, von dem Anschluß Österreichs so oft und so selbstverständlich zu reden. Das „Journal des Debats“ findet, daß es sehr bezeichnend sei, daß nach den Unterredungen in Lugano und vor dem Zusammenritt der Sachverständigenkonferenz der Reichsfanzler öffentlich die Meinungen wieder aufnehme, die Stresemann bei Briand und Chamberlain nicht habe durchsetzen können. Nach der Ansicht des Reichsfanzlers kompromittiere die Rheinlandsbefreiung den europäischen Frieden; in Frankreich und anderwärts herrsche man eine vollkommen entgegengesetzte Ansicht. Der Reichsfanzler behaupte, daß die Berechtigung Österreichs mit Deutschland jahrhundertalten Gefühlen entspreche. Das sei natürlich grundsätzlich, die Deutschen wollten keinen wirklichen Frieden. — Der „Temps“ sagt: Die Ärmel „Neujahrsgruß an die Deutschen in Öster-

reich“ würde man ein Programm. Es zeige, daß Deutschland auf seinen Anschlußwünschen beharre, in denen sich alle Parteien gleich seien. Sie sprächen von dem Recht auf die sofortige bedingungslose Rheinlandsräumung und von der endgültigen Regelung der Reparationen in einem Sinne der nicht erfüllbar sei und im Gegensatz zu Frankreichs Interessen stände. Die Franzosen finden nur eines berechtigt: den rücksichtslosen Egoismus für sich selbst und das Unterdrücken jeder berechtigten Forderung zugunsten der französischen Gewaltpolitik — wenn darüber auch die Befriedigung Europas auf ewig hinausgeschoben wird.

Stresemann betont Deutschlands Recht.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat sich in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Baltimore Sun“ noch einmal ausführlich über den unzerstörbaren Rechtsanspruch Deutschlands auf sofortige Räumung der besetzten Gebiete geäußert. Er sagte, schon nach dem Versailler Vertrag habe ein wohlbegründeter Rechtsanspruch auf die Räumung des Rheinlandes bestanden mit der Voraussetzung, daß Deutschland die Entwaffnungs- und Reparationspflicht erfülle. Das sei geschehen, wie auch der Dawes-Plan es zeige. Deutschland halte sich für berechtigt, anzunehmen, daß diese Tatsachen auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben können und daß sie zusammen mit den nicht weniger starken politischen und moralischen Gründen dazu führen werden, die Befreiung deutschen Gebietes, dieses letzte militärische Abergelbesel aus dem Weltkrieg, endlich zu bewerkstelligen.

Jedes Jahr wird das Finanzgesetz die Zahl und den Typ der Schiffe festlegen, zu deren Auftragserteilung der Marineminister ermächtigt wird. Das Flottenstatut sieht vor, daß die Linienschiffe 20 Jahre, die leichten Kreuzer 17 Jahre, die Torpedoboote und Torpedobootszerstörer 15 Jahre und die Tauchboote 12 Jahre, gerechnet von den ersten Versuchsfahrten an, im Dienst sein werden.

Der Berichterstatter betont in seinem Berichte, man habe den Beschränkungen der Washingtoner Verträge Rechnung getragen und in den Möglichkeiten des Haushaltes bleiben müssen. Die französische Flotte solle die Freiheit der Verbindungen zwischen Mutterland und Nordafrika sichern, die für die Mobilmachung zu Lande unumgänglich ist. Im Maße des Möglichen werde sie die Küste verteidigen. In Anbetracht der verschiedenen Aufgaben sei den leichten und schnellen Kriegsschiffen der größte Anteil im Flottenbauprogramm eingeräumt worden. Der Washingtoner Vertrag gestatte Frankreich bis zu 175 000 Tonnen Panzer- und Schlachtkreuzer zu. Frankreich besitze augenblicklich keine Schlachtkreuzer, dagegen neun Panzerkreuzer von insgesamt 197 000 Tonnen. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß Panzerkreuzer heute 300 bis 400 Millionen kosten. Er erklärt, man könne auf den Bau neuer U-Boote verzichten, wenn die anderen Mächte des europäischen Festlandes ebenfalls darauf verzichten. Augenblicklich besitze Frankreich nur ein Flugzeugmutterkissen von 22 000 Tonnen. Die Tonnage werde auf 60 000 Tonnen gebracht werden. Die Tonnage für leichte Kreuzer sei unbedingt notwendig und müsse in kürzester Frist erreicht werden, angesichts der Rolle, die diese Schiffe spielen und der notwendigen Verteilung der französischen leichten Streitkräfte zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mitteländischen Meer. Die 90 000 Tonnen U-Boote entsprächen etwa 40 Tauchbooten. Die Gefechtskosten der neuen französischen Kriegsschiffe können augenblicklich nicht genau festgesetzt werden. Gegenwärtig stellt sich ein Panzerkreuzer auf 45—50 Frank für das kilo, ein leichter Kreuzer auf 20 Frank und ein Tauchboot auf 25 Frank für das kilo.

Unter Anwendung dieser Preise auf die Gesamttonnage und Berücksichtigung der Dienstdauer der Schiffe gelangt man zu einer durchschnittlichen Jahresausgabe von 981 Millionen Frank.

wenn das Flottenstatut völlig durchgeführt ist, und auf 794 Millionen Frank, wenn keine Panzerkreuzer gebaut werden. Zum Schluß weist der Berichterstatter darauf hin, daß die Gesamtwasserdrängung der französischen Kriegsschiffe im Jahre 1928 sich auf 424 000 Tonnen, der britischen Marine auf 1 377 000 Tonnen, der amerikanischen auf 1 037 000 Tonnen, der japanischen auf 694 000 Tonnen und der italienischen auf 261 000 Tonnen beläuft. Was den Flottenhaushalt für 1929 anbelange, so beläuft er sich für Frankreich auf 2950 Millionen Frank, für England auf 7215 Millionen, für die Vereinigten Staaten auf 9380 Millionen, für Japan auf 3065 Millionen, für Italien auf 1625 Millionen und für Deutschland auf 1320 Millionen Frank.

Es ist nicht ohne Interesse, die Vorkriegszahlen des französischen Flottenprogramms zum Vergleich heranzuziehen. Im Jahre 1912 hatte Frankreich 980 000 Tonnen Panzerkreuzer, 300 000 Tonnen leichte Schiffe und 94 000 Tonnen U-Boote.

Aufruf Aman Allahs an sein Volk.

Die Lage des Königs besichtigt. Konstantinopel, 27. Dezember. Wie aus Kabul gemeldet wird, mocht der strenge Frost weitere Kämpfe in Afghanistan völlig unmöglich. Der König habe an das afghanische Volk einen Aufruf gerichtet, in dem er eine Politik des Friedens sowie Zugeständnisse an die religiösen Gemeinschaften entzündet und die Unterstützung des Volkes im Kampfe gegen die Ausländischen verlangt. Zwischen seiner Mutter und Vertretern der religiösen Gemeinschaften sei in Kandahar ein Abkommen erzielt worden. Wie weiter gemeldet wird, soll der Oberbefehl beschlossen haben, die Ausländischen zur Einstellung des Kampfes gegen die Regierungstruppen aufzufordern. Der König habe den Kontrat einberufen.

Nach weiteren in Neu-Delhi eingegangenen Berichten aus Afghanistan sind ummehr alle Frauen und Kinder europäischer Nationalität von Kabul nach Indien gebracht worden. Die Flugmöglichkeit nach Kabul ist inzwischen wegen des schweren Schneeeckes unterbunden worden. Die britische Gesandtschaft in Kabul ist in direkter Verbindung mit Indien und ebenso mit der afghanischen Regierung. In der Nähe von Kabul wie Jalalabad sind keine weiteren Kämpfe mehr zu verzeichnen.

Wie aus Kabul gemeldet wird, haben sich zwei afghanische Stämme, Memanda und Kurjelli, die bisher gegen Aman Allah im Kampfe lagen, dem König unterworfen. Die Regierungstruppen entwaffneten weitere Aufständische. Die Belagerung Jakslechs wurde offiziell abgebrochen. Dem diplomatischen Korps ließ der König erklären, daß er beabsichtige, nach und nach den Belagerungszustand im Lande aufzuheben.

Konflikte in Spanien.

Berlin, 27. Dezember. Aus Madrid meldet das B. F.: In dem Artilleriekorps der spanischen Armee hat sich neuerdings starke Unzufriedenheit gezeigt, und zwar ist sich besonders die Artillerieakademie in Segovia hervor. Der Konflikt zwischen dem Offizierkorps von Segovia und der Regierung, der bislang vor der Öffentlichkeit streng geheim gehalten wurde, hat bis jetzt zur Verhaftung von 100 Angehörigen der Akademie geführt und wird voraussichtlich noch ernstere Folgen haben.

Die amerikanischen Sachverständigen

New York, 27. Dezember. Wie aus Washington gemeldet wird, haben Owen Young und Rufus Dawes die größte Aussicht, die Sachverständigen für Europa zu werden. Nach Meldungen aus Europa hat man auch Morrow als Kandidaten genannt. Kellogg erklärte aber, daß der augenblicklich in Washington weilende Morrow unentbehrlich sei und möglichst schnell nach Mexiko auf seinen Gesandtenposten zurückkehren müsse.

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.